## Antrag

der Abgeordneten Dr. Dr. Nöll von der Nahmer, Dr. Preusker, Dr. Hoffmann, Dr. Dr. Höpker-Aschoff, Dr. Reif, Dr. Oellers und Genossen

betr: Einsparung von 150 Millionen DM Zinsen seitens des Bundes, der Bundesbahn und der Bundespost durch Umwandlung bisher verzinslicher Ausgleichforderungen zu Gunsten der Bank deutscher Länder in eine unverzinsliche Bundesschuld.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird um Vorlage eines Gesetzentwurfes ersucht, wonach die gemäß § 11 des Dritten Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) in Verbindung mit § 10 der Zweiten Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Dritten Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Bankenverordnung, Zweite Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz) der Bank deutscher Länder vom Vereinigten Wirtschaftsgebiet unter Heranziehung von Post und Eisenbahn zum Zinsendienst und den Ländern des französischen Besatzungsgebietes überlassenen Ausgleichsforderungen mit Wirkung vom 1. April 1950 ab in eine unverzinsliche Schuld der Bundesrepublik Deutschland umgewandelt werden.

Bonn, den 13. Juni 1950

Dr. Dr. Nöll von der Nahmer

Dr. Preusker

Dr. Hoffmann

Dr. Dr. Höpker-Aschoff

Dr. Reif

Dr. Oellers

Kühn

Mende

Frau Hütter

Langer

Dr. Blank (Oberhausen)

Kohl (Württemberg)

Fassbender